

Norwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Eine Schlappe Bonar Laws.

London, 11. April. (WIB.) In der Frage der Verwendung von vormaligen Soldaten in der Zivilverwaltung hat die Regierung im Unterhause mit 145 gegen 138 Stimmen eine Niederlage erlitten.

Die Niederlage der Regierung erfolgte bei der rein technischen Frage, ob die Bezahlung des Elats für den Zivildienst fortgesetzt werden solle. Unmittelbar vor der Abstimmung fand eine Aussprache über die Frage der Verwendung früherer Soldaten im Zivildienst statt. Die Abstimmung über die technische Frage kam unerwartet, und viele Anhänger des Ministeriums waren abwesend. Es ist noch nicht bekannt, ob die Niederlage der Regierung politische Folgen nach sich ziehen wird. Aber die technischen Folgen sind ernst, da das Haus durch seine Abstimmung beschlossen hat, den Elats für den Zivildienst nicht zu erhöhen.

Bei Bekanntwerden der Niederlage der Regierung kam es zu außerordentlichen Szenen. Als die Zahlen der Abstimmung bekanntgegeben waren, erhoben sich die Mitglieder der Opposition und brachen in langdauernde Beifallsrufe aus. Mehrere Mitglieder winkten mit Taschentüchern, warfen Schriftstücke in die Luft und schrien: „Juridizieren! Macht Eure Wahlausprüche fertig!“ Die Beifallsrufe dauerten mehrere Minuten lang. Hierauf fragte Ramsay MacDonald, was die Regierung zu tun beabsichtige, und schlug vor, sie möchte die Vertagung des Hauses beantragen. Im Namen der Regierung beantragte hierauf Chamberlain die Vertagung auf Mittwoch. Das Haus gab diesem Antrage unter den ironischen Beifallsrufen der Opposition statt.

Die Niederlage wird auf ein Versehen der Regierungseinspeißer zurückgeführt, die auf die Abstimmung nicht gefaßt waren.

London, 11. April. (Reuter.) In den Verhandlungen des Unterhauses wurde die Niederlage der Regierung eifrig besprochen. Die Anhänger des Ministeriums geben zu, daß trotz der technischen Frage, bei der die Regierung gescheitert wurde, eine mäßige Lage geschaffen worden ist und daß das Ansehen der Regierung ge'rien hat. Wie verlautet, wird die Regierung wahrscheinlich in sehr kurzer Zeit dem Hause den Antrag wieder unterbreiten, bei dem sie gescheitert wurde, und so die heutige Abstimmung ansprechen, in welchem Falle keine Krise entstehen würde.

Die Stellung Bonar Laws erschüttert.

London, 11. August. (EE.) Die Niederlage, die die englische Regierung gestern im Unterhaus erlitt und die dem Führer der Labour Party, Ramsay MacDonald, bei dieser Gelegenheit außerordentliche Geistesgegenwart bewies, sofort zu dem stürmisch wiederholten Ausruf Anlaß gab, das Kabinett möge demissionieren, wird für den Augenblick kaum schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. In den Verhandlungen des Unterhauses glaubt man, daß die gestrige Abstimmung heute wiederholt werden wird und daß dann die Regierung, zumal die Bänke der Konservativen besser besetzt sein würden, wieder eine Mehrheit finden könnte. Man sieht indes weitere große Schwierigkeiten für das Kabinett Bonar Laws voraus, dessen Mehrheit sich von einer Abstimmung zur anderen verkleinert und das gestern eine nicht abzusehende Niederlage erlitten habe. Heute wird Bonar Laws vielleicht Erklärungen abgeben. Neuerdings verstärken sich die Gerüchte von seinem Rücktritt, zumal sein Kehlkopf nicht gebessert ist und er kaum in der Lage ist, längere Ausführungen zu machen.

London, 11. April. (WIB.) Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt, Bonar Laws Gesundheit bilde das Thema zahlreicher Erörterungen in politischen Kreisen. Es sei unter diesen Umständen nicht überraschend, daß das Gerücht weit verbreitet sei, der Premierminister könnte gezwungen sein, sein Amt niederzulegen, oder einige der konservativen Führer aus der vormaligen Koalition zu überreden, wieder in die Regierung einzutreten.

Erste Pressekommentare.

London, 11. April. (WIB.) Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht heute die gestrige Niederlage der Regierung im Unterhause, für die die Regierunqspreffe zum größten Teil die Regierungseinspeißer verantwortlich macht. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Unter den Anhängern der Regierung, die an der Abstimmung teilnahmen, sei keine Reingung vorhanden gewesen, die Tatsache zu verkleinern, daß die Niederlage als ein sehr unangenehmer Stoß für das Ministerium angesehen werden müsse. Erste Folgen würden jedoch nicht daraus entstehen. Laut „Times“, die die Niederlage auf die Abwesenheit zahlreicher konservativer Mitglieder zurückführt, haben einige Mitglieder der konservativen Partei gegen die Regierung gestimmt. Die national-liberalen Mitglieder stimmten mit den unabhängigen Liberalen und der Arbeiterpartei gegen die Regierung.

„Westminster Gazette“ schreibt, es sei ein Parlament der Enttäuschung gewesen. Die Abstimmung von gestern Abend sei ein Symptom der aus Unzufriedenheit entstandenen Gleichgültigkeit der Regierungsanhänger mit einem Premierminister, der offensichtlich krank sei, einem Kabinett, das in seiner Zusammenfügung das Schwächste sei, dessen man sich erinnern könne, und einer lauwarmen Anhängerenschaft. Es sei klar, daß Änderungen im Kabinett eintreten müßten, wenn der Zwischenfall von gestern Abend sich nicht wiederholen sollte unter Umständen, die nicht unerwünscht gelassen werden könnten.

Die konservative „Morningpost“ bezeichnet die gestrige Niederlage der Regierung als einen schlechten Anfang und ein sehr ernstes Vorzeichen. Man könne jedoch glücklicherweise glauben, daß die Lage wiederherzustellen sei. Der gestern abgelehnte Antrag könne von der Regierung wieder unterbreitet werden und werde dann ohne Zweifel mit einer ansehnlichen Mehrheit angenommen werden.

Deutschlands Verhandlungsbereitschaft.

Paris, 11. April. (EE.) Der Berliner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß in den höchsten Berliner Regierungskreisen davon gesprochen werde, Deutschland wolle direkte Reparationsanträge machen. Die Nachrichten aus Condon hätten tiefen Eindruck auf das Kabinett Cuno gemacht. Es habe sich überzeugt, daß Deutschland eine Initiative ergreifen und seine passive Haltung aufgeben müsse. Außenminister Dr. v. Rosenberg werde ein weitergehendes Angebot in der Reparationsfrage machen als Staatssekretär Dr. Bergmann dies auf der Pariser Konferenz habe überreichen wollen. Man nehme in Berlin an, daß England bereit wäre, zum Ankauf von Rohstoffen weltweite Kredite zu gewähren, und daß es zustimmen würde, daß die Ergebnisse einer internationalen, von Deutschland zu garantierenden Anleihe den alliierten Mächten zur Verfügung gestellt würden. Deutschland werde 30 Milliarden Goldmark anbieten und werde wünschen, daß Frankreich davon den größten Teil erhalte. Die Industriellen würden sich bereit erklären, durch ihre Unternehmungen auswärtige Anleihen zu garantieren. Besonders der von England ausgehende Druck habe zu dem Entschlusse geführt, Reparationsangebote zu machen. Großbritannien fürchte eine politische Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent und wolle daher jedes vernünftige Angebot Deutschlands unterstützen.

Aus London wird demselben Blatt zu der gleichen Angelegenheit gemeldet: Nachrichten aus Berlin besagen, daß Deutschland sich vorbereite, ein direktes Angebot an Frankreich zu machen. Der neue Plan bewege sich auf der Linie, wie sie in den Couchourischen Vorschlägen entwickelt wurden. Insbesondere werde Deutschland sich bereit erklären, die französischen, italienischen und belgischen Schulden an Amerika und England zu übernehmen, falls Frankreich sich mit kleineren Reparationszahlungen begnügen wolle.

Staatssekretär Hamm freigelassen.

Aber ausgewiesen und fortgeschafft.

Staatssekretär Dr. Hamm, der am Montagabend in Schornhorst von den Franzosen festgehalten und dadurch verhindert worden war, an der Trauerfeier für die Opfer des Essener Blutbades teilzunehmen, ist am Dienstagabend 8 Uhr von Castrup unter militärischer Bedeckung nach Schornhorst gebracht und aus dem Einbruchgebiet ausgewiesen worden. Staatssekretär Dr. Hamm ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen.

Ueber die Verhaftung Hammers erfahren die PPA.: Nach seiner Festnahme wurde der Staatssekretär in einen ausrangierten Postwagen der Eisenbahn gebracht und dort durch einen französischen Wachen vernommen. Sein Verlangen, dem zuständigen General vorgeführt zu werden, wurde abgelehnt. Dem Staatssekretär wurde eröffnet, daß von französischer Seite besonders scharfe Maßnahmen für die Kontrolle der Reisenden zu den Beisetzungsfeierlichkeiten in Essen angeordnet seien und daß auf der Liste derjenigen Personen, deren Einreise unbedingt zu verhindern sei, in erster Linie Reichsanwalt Cuno und Staatssekretär Hamm stehen. Es wurde erneut auf das „Verbot“ der Einreise für Minister und andere Regierungsmitglieder hingewiesen. Staatssekretär Hamm bemerkte, daß er weder Minister noch Regierungsmitglied sei. Hamm wurde dann nach Castrup gebracht, wo er die Nacht in einem schlechtgeheizten Schulhaus verbringen mußte. Abends 8 Uhr traf ein Telegramm des General Degoutte ein, das die Freilassung Hammers anordnete und weiter befahl, daß er durch einen Offizier an die Grenze des besetzten Gebiets zu bringen sei, dessen erneutes Beitreten ihm unter Androhung schwerster Strafen verboten wurde. Gegen dieses Verbot hat der Staatssekretär sofort einen energischen schriftlichen Protest an General Degoutte gerichtet. Hamm wurde dann in einem Auto in Begleitung eines Offiziers nach Schornhorst zum Berliner Zug gebracht.

Die Meldung unferes Berichterstatters aus Essen, daß Staatssekretär Hamm den Kranz der Reichsregierung am Sarge der Essener Opfer niedergelegt habe, beruht danach auf einem Irrtum. Hamm hat Essen gar nicht erst erreichen können.

Menschenopfer der Ruhraktion.

48 Tote.

Durch WIB. wird eine Zusammenfassung der Tötungen deutscher Staatsbürger im Ruhrgebiet durch die frankobelgischen Besatzungstruppen mit genauen Angaben von Namen, Ort und Hergang verbreitet. Die Liste, in die auch die bisher verstorbenen Opfer des Massakers bei Krupp schon aufgenommen sind, umfaßt 48 Tote.

Truppenbewegungen in Mannheim.

Mannheim, 11. April. (WIB.) Heute früh gegen 9 Uhr marschierte eine französische Kompagnie von Ludwigshafen kommend über die Rheinbrücke in das Industriegebiet am Neckar ein. Während ein Teil der Truppe sich in der Nähe der Spahnbrücke auf der Mannheimer Seite des Neckar mit zur Stunde noch unbekanntem Zweck lagerte, hat eine andere Abteilung das Bureau der Transportarbeiter- und Schiffergewerkschaft umstellt, offenbar in der Absicht, die im Gewerkschaftsbureau aufbewahrten Lohngehälter zu beschlagnahmen.

Niederschönersfeld.

Von Ernst Rietisch.

Die Mißerfolge aller bisherigen öffentlichen Anklagen gegen den Strafvollzug an den bayerischen politischen Gefangenen in Niederschönersfeld berechtigen keineswegs dazu, in Zukunft von Niederschönersfeld einfach zu schweigen. Unrecht und Gewalttat schänden gewiß vor allen Dingen den, der sich ihrer schuldig macht; sie entehren aber auch jenen, der sie widerspruchslos geschehen läßt. Kann auch die Reichsregierung infolge unserer unglückseligen innerpolitischen Machtverhältnisse Bayern gegenwärtig nicht daran hindern, sich über Gesetz und Recht hinwegzusetzen, so dürfen wir uns doch nicht in den Verdacht bringen, als ob wir etwa bereit seien, uns mit allen Verletzungen des Rechts und der Menschlichkeit innerlich abzufinden, wenn sie sich nur innerhalb der weißblauen Grenzpfähle ereignen.

Immer wieder muß betont werden, daß der Strafvollzug an den Niederschönersfelder Gefangenen durchaus ungesetzlich ist. Das Rachebedürfnis der bayerischen Reaktion fühlte sich von allem Anfang an dadurch unbefriedigt, daß Toller, Mühsam und deren Genossen von den Sondergerichten nur zu Festungshaft verurteilt worden sind; durch willkürliche Verschärfungen des Strafvollzuges sollten die richterlichen Urteile eine nachträgliche Korrektur erfahren. Schikanen und Quälereien der Gefangenen bürgerten sich ein, trieben die Behrlosen zur Verzweiflung und verwandelten die Festungshaft in Gefängnisstrafe. Arco ist der einzige bayerische Gefangene, der Festungshaft verbüßt; er ist freilich der Reuehelfer eines Sozialisten. Arco hat seine eigene Festungshofanstalt (Landsberg am Lech); er treibt unter den dortigen Aufsehern und Strafgefangenen monarchistische Propaganda; um offene Ohren bei den Sträflingen zu finden, verspricht er ihnen für den Fall der Wiedereinführung der Monarchie fünfzigprozentigen Straflass. Die Zensur, die in Niederschönersfeld unerhört scharf ist, schläft in Landsberg a. L., die monarchistische Agitation Arco durch Briefe und Aufsätze bleibt unbebelligt. Viele Tage verbrachte Arco vom Morgen bis zum Abend außerhalb der Anstalt; er, der „Lebenslängliche“, arbeitete angeblich als landwirtschaftlicher Praktikant. Dabei empfing er den Besuch Dr. Heims, ging auf die Jagd und suchte die Wätern wieder für die herrlichen Zeiten zu begeistern, die damals das Volk beglückten, als noch das angestammte Königshaus auf Bayerns Thron saß. Kein Niederschönersfelder Gefangener ist jemals gleich Arco, und übrigens auch der preussischen Festungshäftlinge, in den Genuss einer Erlaubnis zu freiem Ausgange gekommen. Gerade die Behandlung Arcos läßt erkennen, daß das bayerische Justizministerium sehr wohl weiß, wie der gesetzliche Vollzug der Festungshaft beschaffen sein soll.

Es ist begreiflich, daß sich unter solchen Umständen die bayerische Regierung mit Händen und Füßen gegen die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Wehr setzt. Sie hat so unendlich vieles zu verborgen; es wäre außerordentlich peinlich, wenn durch eine Instanz, deren Entschluß nicht anzufechten wäre, die Begründetheit der zahllosen Beschwerden der Niederschönersfelder festgestellt werden müßte.

Freilich erfährt die Regierung in ihrem Widerstand gegen eine gründliche Erforschung der Niederschönersfelder Verhältnisse die Unterstützung der bürgerlichen Parteien des bayerischen Landtags. Diese Parteien fühlen sich mit schuldig an dem Niederschönersfelder Unrecht, und sie haben in der Tat allen Grund dazu. Darum konnte es bisher stets geschehen, daß die bürgerlichen Parteien es jedesmal dankbar begrüßten, wenn der Regierungsvertreter den Kampf der Gefangenen um ihr Recht damit beantwortete, daß er die Gefangenen beschimpfte, verleumdete, in der öffentlichen Meinung herabwürdigte. Die „Ebracher Hochzeit“, das „Niederschönersfelder Komplott“, der „Lumpenball“ waren der Reihe nach die bedenklichen Mittel, mit denen die Regierung zum Zweck der Wahrheitsverschleierung arbeitete; in allen diesen Fällen waren durchaus harmlose und unanfechtbare Vorkommnisse falsch dargestellt und in irreführender Weise ausgedeutet worden. Die Regierung griff gelegentlich sogar dazu, Tagebuchaufzeichnungen zu verwenden. Gute Dienste taten ihr da mehrmals schon Mühsams Tagebücher. Mühsam ist nicht fromm und nicht autoritätsgläubig; sein freier Geist erhebt Dinge, die anderen, besonders bayerischen Ordnungsbürgern, heilig scheinen. Mühsams vorstoßende gedankliche Kühnheit lebte sich begreiflicherweise in ganz besonderer Maße in den Tagebüchern aus; für niemanden aber schrieb Mühsam diese Tagebücher als für sich selbst. Brutal jedoch wurden von bayerischen Behörden solche Tagebücher beschlagnahmt; und noch brutaler wurden sie durch bayerische Regierungsvertreter im Kreise gesinnungsbraver, vor tapferen Gedanken erschauernder Abgeordneter ausgebeutet.

Nicht einmal der plötzliche Tod Hagemeisters führte zur Einsetzung des notwendigen Untersuchungsausschusses. Es ist Tatsache, daß Hagemeister, der schwer erkrankt war, als Simulant behandelt wurde; es ist Tatsache, daß kurz vor dem Sterbefall der Arzt zu Hagemeister sagte: Einen Privatpatienten würde er raten, behufs Kostenersparnis von weiterer ärztlicher Behandlung Abstand zu nehmen. Es ist Tatsache, daß der Niederschönersfelder Amtsarzt mehr als einmal geküßert hat, er fühle sich vor allem als Beamter und erst in zweiter Linie als Arzt. Das sind erschütternde Tatsachen. Noch erschütternder jedoch fast ist die Tatsache, daß die bayerische Regierung sich weigert, in der Behandlung anderer Kranker in Nieder-

schönfeld irgendeine Aenderung eintreten zu lassen. Das Opfer, das darunter augenblicklich am furchtbarsten leidet, ist Erich Mühsam.

Mühsam hat sich innerhalb der kalten Kerkermauern ein schweres Ohrenleiden zugezogen. Seit langer Zeit scheuen seine Angehörigen weder Kosten noch Anstrengungen, um eine spezialärztliche Behandlung des Erkrankten zu erreichen. Das linke Ohr ist bereits ertaubt. Das Leiden greift jetzt auf das rechte Ohr über. Jüngst richteten Mühsams Angehörige ein Gesuch an das bayerische Justizministerium, in welchem sie baten, einen bekannten Münchener Facharzt zuzulassen, der der deutschnationalen Partei nahesteht. Mühsam erklärte, mit der Behandlung durch diesen politischen Gegner einverstanden zu sein; er wollte dem Ministerium die Zustimmung erleichtern. Indes lehnte, wie früher schon des öfteren, auch hier wiederum die Regierung ab. Da Mühsam mit Nachdruck seine Rechte geltend zu machen versuchte, wurde er in Einzelhaft gesperrt. Dort befindet er sich noch jetzt. Die bayerische Regierung bestraft den getretenen Wurm, weil er wagt, sich zu krümmen. Im übrigen „wartet sie ab“, wie sie ähnlich Hagemeyer gegenüber abwartete, bis er hilflos zugrunde gegangen war.

Das ist Niederschönenfeld . . .!

Puttkamer bleibt in Haft.

Wegen Anstiftung zum Mord!

München, 11. April. (Eca.) Nach einem Beschluß des Münchener Volksgerichtes ist Waldemar von Puttkamer, der jüngere der beiden Brüder, vorläufig aus der Haft entlassen worden. Dagegen bleibt Hans von Puttkamer, gegen den ein Verfahren wegen Anstiftung bzw. Beihilfe zum Mord eingeleitet wurde, weiter in Haft. Auch der Münchener Kaufmann Heyne, der im Zusammenhang mit den Erhebungen über die Ermordung des Studenten Baur verhaftet worden war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Damit dürfte für die Münchener Polizei zunächst der Zweck der Uebung erreicht sein, einen unbequemen Berichterstatter in sicheren Gewahrsam zu bringen. Ueber die „Rechtsgrundlagen“ dieser Haft braucht man wirklich kein Wort mehr zu verlieren. Früher gab es „lettres de cachet“, heute gibt es „Volksgerichte“. Wir erwarten, daß der Reichstag diesen Skandal des Mißbrauchs der Justiz zu politischen Zwecken nicht stillschweigend vorübergehen läßt.

Die Heße gegen Zeigner.

Zwar ist die rechtsstehende Presse sehr verschiedener Meinung darüber, was der neue sächsische Ministerpräsident, Genosse Dr. Zeigner, in seiner gestrigen Programmrede eigentlich gesagt hat, doch ist sie sich darin einig, daß es etwas fürchterliches gewesen sein müsse. So läßt sich der „Tag“ aus Dresden telegraphieren:

Die Schönheiten Sowjet-Sachsens enthüllten sich heute in der Programmrede des neuen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner. Er erklärte sich zunächst mit den angekündigten gesetzgeberischen Maßnahmen der alten Regierung einverstanden, wandte sich dann gegen den Ruhreinbruch der Franzosen und Belgier, um dann in verhüllter Form scharf zugunsten der westlichen Friedensbrecher Stellung zu nehmen. Er erklärte nämlich, die passive Politik der Reichsregierung müsse durch eine aktive Politik positiver Vorschläge ergänzt werden. Die sächsische Regierung lege darauf Gewicht, daß nach ihrer Ansicht eine Verständigung mit Frankreich ohne ein großes Opfer der besitzenden Klassen Deutschlands nicht denkbar sei. Solange der Egoismus der besitzenden Schichten nicht dieser Einsicht weiche, sei ihr Reden über den französischen Rechtsbruch und jeder Appell an das Rechtsgefühl und an das Kulturwissen der Welt nur Unwehrbarkeit und zwecklose Deklamation. (Zurufe: Vaterlandsverrat!)

Zeigner wandte sich also gegen den Ruhreinbruch, um dann „scharf“ — freilich „in verhüllter Form“ — für die Ruhreinbrecher Stellung zu nehmen. Der Lügner, der das

Pfui Teufel!

Von Bruno Manuel.

Bei einem Landwirt auf dem Dorfe erscheint der Schornsteinfeger, oder der Kamintzher, wie man in manchen Gegenden sagt.

Der Schornsteinfeger oder der Kamintzher wohnt in der Stadt. Aber die Schornsteine oder die Kamine der umliegenden Dörflchen sind seine Patienten. Er ist Spezialist für Schlotverstopfungen. Kein Kugelbesen hat die Wunderkraft des Rizinusöls; er greift rigoros in die Darmkanäle der Häuser und beseitigt ihre inneren Hemmungen. Wenn der Schornsteinfeger bogewesen ist, geht die Verbauung nach mal so gut.

Der Schornsteinfeger oder der Kamintzher hat bei dem Landwirt erst gegen Abend angefangen. Er macht auf dem Dach seine beschwörenden Armbewegungen, bis es stockdunkel ist. Als alles ordentlich sauber und er ordentlich schmutzig war, erschien er beim Herrn Landwirt persönlich in der guten Stube. Es sei zu spät geworden, um über Land zu gehen, meint er und bittet um ein Nachquartier. Der Herr Landwirt in der guten Stube wird ebenso verlegen, wie der Schornsteinfeger schwarz ist. Und die Frau Landwirtin, die dabei steht, denkt an ihre sauberen Betten. Sie bringen den Schornsteinfeger in der Scheune unter.

Der Schornsteinfeger legt sich in der Scheune aufs Stroh. Er deckt sich mit seinem Schmutz zu und träumt seinen Schornsteinfegertraum. Mit einem Mal um Mitternacht schneidet ein Geräusch den Schlaf des Schornsteinfegers entzwei. Er reißt sich die beiden Enden des zerschnittenen Schlafes aus den Augen und erkennt dann vier Gestalten. Die vier Gestalten tragen schwere Säcke ins Freie.

Er denkt, was andere auch denken würden, wenn sie nachts in einer Scheune Gestalten mit schweren Säcken treffen. Der Schornsteinfeger nimmt seinen Kugelbesen mit der Wunderkraft des Rizinusöls. Aber es gehört zur Art verdächtiger Gestalten, auf alles gefaßt zu sein. Die eine verdächtige Gestalt zieht ihre Taschenlampe. Damit knallt sie auf das Geräusch eine Lichtfalte ab. Der Schornsteinfeger sinkt getroffen ins Stroh. Aber die verdächtigen Gestalten, die sonst auf alles gefaßt sind, waren auf den Anblick schwarzer Boden nicht gefaßt. Die Scheune kam ihnen nicht geheimer vor. Sie schrien entsetzt: Pfui Teufel! und glaubten daran. Infolgedessen schlüpfen sie ganz befehen. Vor der Scheune haben sie ihren Wagen mit zwei Pferden stehen lassen.

Wenn alle verdächtigen Gestalten an den Teufel glaubten, könnte man die Schornsteinfeger oder die Kamintzher als Nachwächter den irdischen Einwohnern warm empfehlen. Sie legten sie nachts in ihren Scheunen aufs Stroh. Oder, was uns Städter angeht: Wir stellten ihnen abends eine Chalkelung auf die Diele. Für den Fall, daß die verdächtigen Gestalten, die es auf unsere Wohnung absehen, keine Taschenlampe besitzen, lassen wir uns eine

telegraphiert, hat sein Handwerk noch nicht gelernt, er verrät durch seine einander widersprechenden Behauptungen sein schlechtes Gewissen.

Wieso soll nun Zeigner zugunsten der westlichen Friedensbrecher Stellung genommen haben? Er sprach zunächst gegen den Rechtsbruch und sagte dann dem Sinne nach: Reparationsgewinnler und Steuerdrückeberger sollten lieber stille bleiben, denn ihr Reden über den Rechtsbruch sei zwecklos. Das ist eine Auffassung, die von den weitesten Kreisen des Volkes bis weit über die Sozialdemokratie hinaus geteilt wird, und die als „Vaterlandsverrat“ nur von denen empfunden werden kann, deren Vaterland der Geißel ist.

Fassen wir zusammen: Zu Zwecken der innerpolitischen Heße rufen „nationale“ Blätter den falschen Anschein hervor, als ob der Ministerpräsident eines deutschen Freistaats, ein Sozialdemokrat, dem französischen Militarismus rednerische Hilfsdienste geleistet hätte. Von der Sozialdemokratie prallt ein solcher geradezu blödsinniger Versuch ab, aber im Ausland kann er genug Schaden und Verwirrung anrichten. So nehmen „nationale“ Blätter die „völkischen Belange“ wahr!

Wo der Mob regiert . . .

In zahllosen Offiziersvereinigungen und ähnlichen Abteilungen ist ein ganzes Reg von mehr oder minder ausgeprochen reaktionären Organisationen über das Land gezogen. Dort wird keineswegs etwa nur menschlich verständliche und berechtigte Kameradschaft gepflegt. Dort träumt man nicht nur von kommenden besseren Tagen, man arbeitet auch für sie. Charakteristisch für die Vorstellungswelt, in der die Herren, die früher als Halbgötter herumliefen, immer nur leben, sind die „Nachrichten aus den Mitgliederkreisen“, die diese Vereinigungen herausgeben. In dem „Nachrichtenblatt der Offiziersvereinigung des ehemals A. G. L. preußischen Füsilier-Regiments Generalfeldmarschall Graf Wilmuthal (Magdeburgisches) Nr. 36“ schreibt z. B. ein Dr. Demes aus dem Saar-gebiet am 17. Juli 1922 folgenden bezeichnenden Satz: „Fast könnten wir uns hier deutscher fühlen und deutscher auftreten als dort, wo der Mob mal wieder regiert!“ Es wird nicht gesagt, wer unter Mob zu verstehen ist. Es braucht auch wohl kaum gesagt werden, denn unter Mob verstehen diese Herren ja gewöhnlich das arbeitende Volk. Reizvoll wird die Äußerung dadurch, daß sie offenbar unter dem Eindruck der Demonstrationen nach der Rathenau-Ermordung geschrieben ist. Es sind eben traurige Zeiten heute in Deutschland!

Gegen die Hundertschaften.

Ein Aufruf der niederrheinischen Sozialdemokratie.

Düsseldorf, 11. April. (Mit.) Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratie im Bezirk Niederrhein nimmt in einem Aufruf an die Genossen entschiedene Stellung gegen die neueste Parole der Kommunisten zur Bildung von Hundertschaften und warnt vor diesem Beginnen. Nicht die Ueberzeugung von der Notwendigkeit ihrer Wahrung sei bestimmend für die Verfechter jener Parole, sondern Gehorsam gegen übergeordnete Parteinstanzen, die in Berlin und Moskau auf stets wechselnde Parolen sinnen, ohne an die Folgen zu denken, die sie für die Arbeiterschaft nach sich ziehen.

Dortens Enthüllungen.

Paris, 11. April. (Eca.) Dr. Dorten erzählte einem Vertreter des hiesigen „New York Herald“, daß in den ersten Tagen des Kapp-Putsches alle Führer der rheinischen Separatistenbewegung von dem englischen Oberst Ryan nach Köln berufen worden seien. Oberst Ryan habe gewünscht, es sollte sofort die rheinische Republik ausgerufen werden, die Separatistenführer sollten 30 Millionen Pfund Sterling erhalten, um die neue Regierung aus fester Grundlage errichten zu können. Dr. Dorten habe dieses Angebot jedoch abgelehnt, weil eine Proklamation der rheinischen Republik gelegentlich des Kapp-Putsches in der ganzen Welt als ein Teil der monarchistischen Bewegung, die damals durch Deutschland ging, hätte ausgelegt werden können. Heute, erklärte Dr. Dorten, könnte man anders handeln. Laut „Populaire“ besuchte Dorten in Begleitung des Generals Man-

zweckensprechende Beleuchtung legen. Sie müßte effektiv die schwarzen Baden unseres Schornsteinfegers illuminieren, sobald die Entreeitur ausgeht. Vielleicht übernimmt sogar der Hausherr oder der älteste Sohn oder sonst jemand die Aufgabe des Paradeschornsteinfegers. Das würde die Wirkung kaum beeinträchtigen und wäre erhebtlich billiger.

Ein neuentdecktes Selbstbildnis von E. I. Hoffmann.

E. I. Hoffmann, dessen dichterische Größe lange Zeit nicht nach Gebühr gewürdigt wurde, hat heute als Mensch und als Künstler eine glänzende Wiederauferstehung erfahren. Merkwürdigerweise ist man über das Aussehen des „Teufels-Hoffmann“, der doch schon bei Lebzeiten eine vielgenannte Persönlichkeit war, ungenügend unterrichtet. Es gibt nur ein von freier Hand herrührendes Bildnis Hoffmanns, das wir kennen, nämlich die Zeichnung von Wilhelm Henkel. Sonst leuchtet uns sein Bild nur aus den eigenen, zum Teil verzerrten Porträtskizzen entgegen. Jetzt ist aber ein Gemälde im Berliner Privatbesitz aufgetaucht, das den Dichter in der Blütezeit seines Lebens und Schaffens darstellt. Hans Rosenbagen, der dieses Bildnis zum erstenmal im „Sammlerabinet“ veröffentlicht und eingehend behandelt, ist der Ansicht, das es sich hier um ein Selbstbildnis Hoffmanns handelt, der ja bekanntlich auch als Maler hervorgetreten ist. Das Bild trägt auf der Rückseite die Bezeichnung „Der Gespenster-Hoffmann“. Das 41 zu 33 Zentimeter große Delbild ist auf ein Füllmasseblatt gemalt und hat keine Signatur. Es ist zweifellos nicht das Werk eines Berufsmalers, da es auffällige Fehler zeigt. „Für Hoffmanns Urheberschaft“, sagt Rosenbagen, „spricht sehr überzeugend die völlig verunmaltete Zeichnung des Ohres, ein Mangel, der sowohl an dem Selbstporträt des Dichters als seinem Nachlaß als auch an seiner bekanntesten Zeichnung des wahnstarrigen Kreisler auffällt. Doch größer als die Mängel des Porträts sind seine Vorzüge. Als Wiedergabe eines geistigen Menschen ist es ohne Zweifel überaus gelungen. Wundervoll der eigenwillige Mund, ausgezeichnet das nervöse Mienenspiel mit dem Ausdruck einer unbefriedigten, mit sich selbst im Zwiespalt befindlichen Seele! Farblos ist das Bild vornehmlich zusammengesetzt“. Wahrscheinlich hat Hoffmann das Selbstbildnis gemalt, als er vom Juni 1807 bis Juni 1808 als stellvertretender Justizbeamter in Berlin weilte und sich nach einem neuen Beruf umgah.

Ozonküstung. Ebenso wie das Trinkwasser durch geeignete Behandlung mit Ozon von allen darin enthaltenen Krankheitserregern befreit werden kann, ohne daß die erquickende Wirkung der mitgeführten Kohlensäure verschwindet, so wendet man Ozon auch zur Luftreinigung an. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in geschlossenen Räumen, in denen große Menschenansammlungen stattfinden, schlechte Luft entsteht, daß empfindliche Personen bei Versammlungen, in Theatern oder Konzerten usw. leicht ohnmächtig werden. Fragt man nach dem Grund dieser Erscheinung, so wird man nicht selten hören, daß der Sauerstoff der Luft verbraucht und Kohlensäure im Uebermaß erzeugt worden und so die in dem Raum vorhandene Luft für die Atmung unbrauchbar geworden sei. Der Mensch atmet allerdings Sauerstoff ein und Kohlensäure aus, so daß

g in die verschiedenen Zeitungsredaktionen. Verschiedene bürgerliche Blätter geben Dortens Appell zur Schaffung der „Rheinischen Republik“ Raum.

Gegen die Gewaltpolitik.

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Tschechoslowakei.

Reichenberg, 9. April. (Eca.) Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei sandte an den Ministerpräsidenten Frankreichs, Poincaré, folgendes Telegramm:

Herren Ministerpräsidenten Frankreichs Poincaré, Paris.

Die wirtschaftliche und politische Lage der Arbeiterklasse Deutschlands wird durch die Folgen der Ruhrbesetzung täglich entsetzlicher und fürchterlicher. Weder der ökonomisch-widrige Einbruch, noch die drakonischen entlichen Bestimmungen führen zu einer gerechten Lösung des Reparationsproblems, dagegen bringen angesichts der verabscheuungswürdigen Ereignisse in Essen neuerlich die verzweifelten Hilferufe der deutschen Arbeiterschaft an die Arbeiterschaft aller Länder. Durch die Besetzung der Werke in Essen, verbunden mit Todesopfern der dortigen Arbeiterschaft, wird die Freiheit der Arbeiter unmöglich, die Reparationspolitik auf die Spitze getrieben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei als Vertreter der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiter und Angestellten des Landes protestiert, erfüllt von Abscheu gegen die fortgesetzte Gewaltpolitik, insbesondere gegen die Ueberfälle französischer Militärs auf friedliche Arbeiter in den Kruppwerken in Essen. Wir appellieren an die französische Regierung, diesem, dem internationalen Recht und Zivilisation schädigenden Treiben der französischen Truppen ein Ende zu machen.

Deutscher Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei.
Rofcher, Macoun.

Nord-schleswiger Schulfragen.

Debatte im dänischen Folketing.

Kopenhagen, 11. April. (W.B.) Im Folketing brachte Unterrichtsminister Appel eine Gesetzesvorlage zur Neuordnung des Volksschulwesens in den nord-schleswigen Gebieten ein. Im Laufe der Debatte machte der deutsche Pastor Schmidt-Bodder Ausstellungen an dem Gesetz und brachte eine Anzahl Wünsche vor. Er schloß: Wenn ich auch anerkenne, daß das Gesetz in einigen Punkten unsere Rechte erweitert, so wird doch auf eine Reihe wesentlicher Forderungen, die zu stellen wir uns berechtigt fühlen, keine Rücksicht genommen. Diese Forderungen betreffen namentlich die Bewilligung von deutschen Schulkommissionen für die deutschen Schulen, das Recht auf deutschen Sprachunterricht im allgemeinen und die nötigen Garantien für die Beschaffung deutscher Lehrkräfte für die deutschen Schulen. Ebenso vermißt ich eine Bestimmung über das höhere deutsche Schulwesen. Ich hoffe jedoch, daß diesen berechtigten Forderungen auf dem Verwaltungsweise entsprochen wird. Der Unterrichtsminister erwiderte, er hätte von dem deutschen Vertreter eine Dankesäußerung für die gerechte Behandlung erwartet, namentlich wenn er einen Vergleich ziele mit den Verhältnissen südlich der Grenze. Die Regierung könne über das Gesetz hinaus keine Zugeständnisse machen. Für die Beschaffung deutscher Lehrkräfte sei nach seiner Ueberzeugung bestes gesorgt. Der konservative Abg. Holger Andersen aus Nord-schleswig behauptete, das Bestreben des deutschen Vertreters gehe darauf hinaus, einen Staat im Staat zu bilden. Nach einer kurzen Erwiderung Schmidts wurde die Vorlage einem Ausschuß überwiesen.

Verschärfung der schwedischen Kr. se.

Stockholm, 11. April. (W.B.) Nachdem der Ausgleichsantrag des zuständigen Reichsausschusses über die Richtlinien für die Unterstützung der Arbeitslosen am vergangenen Donnerstag von der Ersten Kammer abgelehnt worden war, hat der Reichstag gestern in gemeinsamer Abtimmung den ursprünglichen Vorschlag des Ausschusses, als dessen Urheber der liberale Abg. C. G. Ekman betrachtet wird, mit 199 gegen 153 Stimmen angenommen. Von den 150 Mitgliedern der Ersten Kammer stimmten heute 84 für und 50 gegen den Ausschußantrag, von den 230 Mitgliedern der Zweiten Kammer 115 für und 103 gegen den Antrag. Die Minderheit stimmte für den Vorschlag des Kabinetts Branting.

die Luft in einem geschlossenen Raum, nachdem eine größere Anzahl von Menschen längere Zeit darin geatmet hat, sauerstoffärmer und kohlensäurericher geworden ist. Allein das kann nicht der Grund von Ohnmachtsfällen sein, denn diese treten bereits ein, wenn von einer Vergiftung der Luft noch gar nicht die Rede sein kann. So, selbst im Freien kommen solche Anfälle vor. Ohnmachten und vorübergehende Schwächeanfalle müssen daher einen anderen Grund haben. Die Ausdünstungen der Menschen, die sich entweidenden etel-erregenden Gerüche, tragen allein die Schuld. Es ist noch nicht lange her, daß man fest an das Vorhandensein eines Giftes, des sogenannten Anthropotoxins, daß der Mensch von sich geben sollte, glaubte, so heftig ist oft die Wirkung dieser Ausdünstungen. Man sucht ihnen mit sogenannten Desinfektoren beizukommen. Diese werden in dessen vielfach nur die überbleibenden Bestandteile der Luft, ohne die Miasmen zu vernichten. Ein geringer Zufuß von Ozon zu der Luft ist das sicherste Mittel zur Vernichtung des übeln Geruches, zum Desodorisieren. Oft nimmt man schon beim Bau eines Saales darauf Rücksicht und baut die Ozonröhre und den Hochspannungstransformator in den Luftschacht ein, so daß die Luft gleich in ozonisiertem Zustand in den Saal eintritt. Sehr gut haben sich solche Apparate in Krankensälen bewährt. Es gibt für diese Zwecke leicht transportable Apparate, die mit einem Selbstkontakt einfach an die elektrische Leitung angeschlossen werden können. Wenige Minuten der Tätigkeit eines solchen Ventilators genügen, um selbst in großen Krankensälen die Luft für längere Zeit zu reinigen. Das gleiche gilt für andere Räume, in denen sich Gegenstände befinden, die einen starken Geruch ausströmen, beispielsweise für Fabriksäle und Logerräume für Büreaus und Amtszimmer.

Die Trunksucht in den Vereinigten Staaten. Obwohl es in Amerika bekanntlich ein strenges Alkoholverbot gibt, besteht die Trunksucht dort doch augenscheinlich noch in großem Umlange fort. Wie nach der neuesten Statistik der New Yorker Gesundheitsabteilung in der „Klinischen Wochenschrift“ berichtet wird, kamen zahlreiche Verhaftungen wegen Trunksucht sowie Erkrankungen und Todesfälle durch Alkohol im Jahre 1922 vor. Die Krankenhausaufnahmen wegen akuten Alkoholismus stiegen von 3345 im Vorjahre auf 5624, die Todesfälle von 141 auf 295. Die Zahl der Todesfälle durch Alkohol hatte freilich vor Einführung des Verboies 1916 690 betragen. Dagegen ist seit dem Alkoholverbot eine starke Zunahme festzustellen, denn die niedrigste Ziffer wurde 1920 mit 127 Todesfällen erreicht. Die Zahl der wegen Trunksucht Verhafteten betrug 7866 gegen 6233 und 5936 in den Vorjahren. Die Zunahme wird auf den Erfolg des Bieres durch stärkere Spirituosen zurückgeführt.

Porträte. Der Obersänger und Dr. med. Jean Kadoschitzch veranlaßt für die Mitglieder der Bühnengesellschaft im August-Opern-Saal, Freitag, 11. Sonntag, mit 8 1/2, 12 Uhr, eine dritte Vorlesung über „Brasilianisch angewandte Sprach- und Gehörphysiologie mit Demonstrationen an den Zuhörern“. Nichtmitglieder zahlen 1000 W.

Rausch nicht im Theater. Laut Verordnung des Berliner Polizeipräsidiums hat das Theater „Alhambra“ für ein paar Tage seine Vorlesungen einstellen müssen, weil ein Besucher im Vorraum des Theaters geraucht hatte. Bekanntlich ist das Rauchen in Theatern, Alimos usw. untersagt.

Traub vor dem Staatsgerichtshof.

Er nimmt alles zurück.

Leipzig, 11. April. (Ill.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich der bekannte Pfarrer Dr. Traub aus München wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert zu verantworten. Zu der Verhandlung sind drei Zeugen geladen, und zwar Ministerialdirektor Dr. Meißner, Direktor Bögen aus Jöhndorf und der Hauptschriftleiter der „München-Lugsburger Abendzeitung“ Dr. Mündler aus München. Die Beleidigung wird in einem Artikel Dr. Traubs in der „München-Lugsburger Abendzeitung“ vom 6. Mai 1922 mit der Überschrift „Der Zwang zur Eide“ erbildet, worin gesagt wird, daß Ebert, Scheidemann und die anderen genau wissen, daß Deutschland nicht am Kriege schuld sei, doch dürfen sie dies nicht sagen. Am Schlusse des Artikels heißt es, daß anlässlich eines Empfanges beim Reichspräsidenten im Februar der Reichspräsident den Gästen die Marschallkette und die englische Nationalhymne habe vorlesen lassen. Die Anklage stützt sich auf die Artikel 186, 194 und 200 des Strafgesetzbuches. Nach Vorlesung des Artikels gibt der Angeklagte Dr. Traub die Erklärung ab, daß er den Schlussatz von der Marschallkette und der englischen Nationalhymne aus dem „Reichswort“ übernommen habe. Nach einer Berichtigung dieser Behauptung im „Reichswort“ hat auch der Angeklagte diese Behauptung zurückgenommen, sagte aber, daß er überzeugt sei, daß die Regierung in der Kriegsschuldfrage nicht die Wahrheit sagen kann.

Als erster Zeuge wird Ministerialdirektor Meißner aus Berlin vernommen, der mitteilt, daß verurteilt worden sei, die Angelegenheit außergerichtlich zu erledigen, was aber scheiterte. Dem Reichspräsidenten wäre es angenehm gewesen, wenn die Angelegenheit dem Staatsgerichtshof nicht beschickt hätte. Beisitzer Professor van Galle machte den Vorschlag, auch im jetzigen Augenblick noch durch eine Aussprache der Parteien die Sache aus der Welt zu schaffen, da unter den heutigen Verhältnissen doch alle Deutschen zusammenhalten sollten. Der Verteidiger meinte, ihm liege es vaterlandsliebenden Mann ebenfalls daran, die Sache aus der Welt zu schaffen, was aber nur durch eine Verlegung des Prozesses möglich sei; das würde unnötige Kosten verursachen.

Zeuge Ministerialdirektor Meißner gibt dann eine Darstellung des Empfangsabends beim Reichspräsidenten. Es wurden Lichtbilder gezeigt, darunter Kriegsgefangenenbilder, wobei englische Lieder gespielt wurden. Die Marschallkette kam aber nicht zu Gehör. Professor van Galle machte nochmals einen Vermittlungsvorschlag, dem sich Beisitzer Reichsgerichtsrat Zeiler anschließt. Zeuge Ministerialdirektor Meißner erklärte sich bereit, mit dem Reichspräsidenten telefonisch zu sprechen, ob er einem Vergleich zustimmen wolle. Hierauf tritt eine halbstündige Pause ein.

Der Reichspräsident hat sich, wie wir inzwischen erfahren, auf Grund der Befürwortung durch den Reichsanwalt und den Staatsgerichtshof bereit gefunden, den Strafantrag zurückzunehmen, nachdem Traub mit tiefstem Bedauern seine Angriffe preisgab und sich bereit erklärte, diese seine Erklärung in einer Reihe von Zeitungen zu veröffentlichen.

Deutschlands Bagdadbahninteressen.

Paris, 11. April. (EE.) Der Berliner Berichterstatler des „Journal“ meldet, daß der Direktor der Deutschen Bank, Georg von Strauß, sich in der letzten Woche nach London begeben habe, um mit der englischen Regierung wegen der Rückgabe gewisser Rechte Deutschlands an der Bagdadbahn, die es vor dem Kriege besaß, zu verhandeln. Die Engländer seien geneigt, den deutschen Forderungen Rechnung zu tragen.

Bulgariens Reparationen.

Starke Verminderung der Lasten.

Wien, 11. April. (EP.) Das „Neue Wiener Journal“ erfährt von kompetenter Seite, die Reparationskommission hätte eine für Bulgarien äußerst günstige Entscheidung getroffen. Bulgarien wird danach statt 2200 Millionen Goldfranken, wie im Friedensvertrag vorgesehen war, noch 500 Millionen Goldfranken zu zahlen haben. Die Zahlungsfrist wird von 37 auf 40 Jahre verlängert. In den nächsten 5 Jahren wird Bulgarien nur 5 Millionen Goldfranken zu leisten haben. Als Garantie verwendet Bulgarien die Zolleinnahmen, jedoch ohne Einsetzung einer allierten Kontrollbehörde. Das Generalsandrecht auf die bulgarischen Ästiven wird freigegeben.

Amerikanisch-Anatolien.

Konstantinopel, 11. April. (WIB.) Die Nationalversammlung hat mit 185 gegen 21 Stimmen den sogenannten amerikanischen Chesterplan für die Entwicklung Anatoliens angenommen.

Konstantinopel, 11. April. (EP.) Das „Journal de Stamboul“ teilt mit, daß die Meinung über die Annahme des Projektes Chester durch die Nationalversammlung bis jetzt noch nicht offiziell bestätigt worden ist. Wenn sie sich aber bestätigen sollte, so unterliege es jedoch keinem Zweifel, daß die neue Nationalversammlung das Projekt wieder aufgreifen würde, wodurch die Türkei gewissermaßen in eine amerikanische Kolonie umgewandelt würde. Der größte Teil der anatolischen Eisenbahn würde den Vereinigten Staaten ausgeliefert. Es wird erklärt, die Vereinigten Staaten hätten in Angora große Propagandagelder ausgegeben, um die Abgeordneten für das Projekt günstig zu stimmen.

Ein amerikanisches Einreiseverbot hat Frau Kalinin, die Gattin des Vertreters Lenins, betroffen, die in Nordamerika über das Ausbreiten in Ausland sprechen wollte. Das Einreiseverbot war mit zahlreichen Protesten begründet, die u. a. auch wegen der „Statistika Badlewicz“ erhoben worden seien.

Devisenkurse.

	11. April		10. April	
	Käufer (Reib-) Kurs	Verkäufer (Reib-) Kurs	Käufer (Reib-) Kurs	Verkäufer (Reib-) Kurs
1 holländischer Gulden	8230.85	8230.85	8230.85	8230.85
1 argentinische Papier-Peso	7678.20	7739.80	7698.20	7733.08
1 belgischer Franc	1201.98	1208.02	1226.02	1233.08
1 norwegische Krone	3780.52	3799.68	3783.01	3801.99
1 dänische Krone	3999.97	4120.08	3997.48	4017.82
1 schwedische Krone	5593.48	5621.52	5581.01	5608.99
1 finnische Mark	—	—	570.07	572.93
1 japanischer Yen	9975.—	1025.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1044.88	1050.12	1046.12	1051.38
1 Pfund Sterling	97879.68	98870.32	97879.68	98870.32
1 Dollar	21698.64	21195.36	21097.12	21202.88
1 französischer Franc	1398.96	1406.01	1423.03	1431.07
1 brasilianischer Milreis	9244.87	9255.68	9269.81	9280.69
1 Schweizer Franc	3245.86	3264.64	3250.85	3269.65
1 spanische Peseta	3210.98	3238.07	3219.98	3236.07
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	29.57	29.78
1 tschechische Krone	—	—	629.42	632.58
1 ungarische Krone	—	—	4.72	4.76
1 bulgarische Lewa	—	—	158.60	159.40
1 jugoslawischer Dinar	—	—	209.22	210.28

Der Raubmord.

In einer Kleinstadt ereignen sich Verbrechen, auch verhältnismäßig mehr als anderswo. Einer ist dem anderen absolut fremd und einer wie der andere lebt sein Leben für sich... besteht also keine Verbindungslinie in der Menschenmasse. Kein Gefühl für den Fremden, der vorüberzieht! Das Verbrechen in der Großstadt wird mit eifriger Ruhe ausgeführt; ohne mit der Wimper zu zucken erhebt sich jeder seiner Kameraden die Waffe oder den Hammer. Auf dem Zentralviehhof haben im Handwerk ergrauete Schlichter mehr Mitleid mit dem Tier als der Mensch mit dem Menschen.

Der Raubmörder mordet gewiß des öfteren, wenn der Zufall ihn dazu verlockt. Vielleicht singt dann und wann 10 Minuten vorher der Mordbube den neuesten Operettenjäger; vielleicht tänzelt er dazu. Dann öffnet er, wie in der Hofstube, die Ledentür und blitzschnell soßt er den Gedanken, eine armselige Frau vom Leben zum Tode zu führen. Dieser Mörder wird uns schlank geschildert, soll einen hellen Covercoat getragen haben und zwei Papparlons. Das Polizeipräsidium schreibt 100 000 Mark Belohnung aus. Das Menschenleben ist bei dieser Geldentwertung billig eingeschätzt. 5 Dollar... zirka 22 Goldmark. Zwei Zwanzigmarkstücke sind also bedeutend mehr. Der Deutsche galt einst 1000 Mark (Goldwährung), der Raubmord wurde also früher anders beachtet als heute. Geschehen zuletzt Raubmorde. Massenartikel! Man kann alle zwei Tage von einem neuen Morde in Berlin hören... daher zunehmende Interesslosigkeit.

Edgar-Poe-Geschichten! Graufige Mordgeschichten durchzittern die Phantasie der Reckenmenschen: früher waren es über dreisichauende, notgedrängte Bettler... heute sind Kavaliers im feinen Paletot dazwischen. Wie im wild gepeinigten Kino-Schaufeld... Das Leben gibt noch andere Dramen in 5 oder 6 Akten...

Die städtische Güterwirtschaft.

Im Etatsjahr 1923 90 000 Zentner Roggen = 3,6 Milliarden Ueberschuß.

Die Magistratsvorlagen über die Weiterverpachtung des städtischen Riesegutes Carolinenhöhe an den Landwirt Weiersdorf gibt der bürgerlichen Presse Veranlassung zu langen Betrachtungen über den Vorzug der Privatwirtschaft gegenüber den städtischen Betrieben. Eine deutschnationale Zeitung feiert aus diesem Anlaß mit selbstamer Logik den deutschnationalen Stadtrat, Herrn Wege, der den Vertrag abgeschlossen hat, nach dem die Stadt jährlich 5100 Zentner Roggen, bei heutigem Geldwert über 200 Millionen Mark, für dieses eine Gut erhalten soll. Derselbe Stadtrat Wege, der in diesem Zusammenhang ein hervorragend tüchtiger Mann ist, laugt scheinbar gar nichts als Dezerent für die städtischen Güter. Denn da herrscht natürlich nur eitel Nihilwirtschaft. Auch Paul Michaelis stimmt ein Klageged über den sozialistischen Magistrat an, der seinen „Kommunisten vorstößen“ entsprechend, nicht die ganzen Güter verpachtet hat. Er rechnet aus, daß die Stadt durch das Verhalten des Magistrats einen ungeheuren Schaden erlitten habe. In Wirklichkeit sah das Angebot der sogenannten Konfordia für die 40 städtischen Güter eine Pacht von jährlich 60 000 Zentner Roggen vor. Jetzt hat der Aufsichtsrat der städtischen Güter-G. m. b. H. für das Etatsjahr 1923 eine Abgabe von 90 000 Zentner Roggen (also um die Hälfte mehr) an die Stadtkämmereikasse vorgelegen. Das würde also nach heutigem Geldwert einen Ertrag von etwa 3,6 Milliarden machen. Rechnet man die Erträge der verpachteten Güter hinzu, so wird die Stadt insgesamt etwa 5 Milliarden im Etatsjahr aus ihren städtischen Gütern beziehen.

Dies veränderte Ergebnis zeigt, wie richtig die Sozialdemokratie gehandelt hat, welche mit allen Mitteln ein Aus-der-Hand-gelassen dieser städtischen Güter verhinderte. Der gesteigerte Ertrag ist zweifellos mit auf die Verwaltungsreform (Bildung einer selbständigen G. m. b. H., Befreiung vom Instanzenzug usw.) zurückzuführen. Wir zweifeln nach unserer Kenntnis der Einzelheiten keineswegs daran, daß dieser Etatsjahre erreicht wird und in den nächsten Jahren noch bedeutend gesteigert werden kann. Wir werden gelegentlich durch Schilderung von Einzelheiten aus der städtischen Güterwirtschaft diese Behauptung belegen. Jedenfalls sind die Hauptschwierigkeiten der städtischen Güterwirtschaft überwunden und es kann mit Sicherheit erwartet werden, daß die Güter für die Stadt eine steigende und auch prozentual im Verhältnis zum Finanzbedarf bedeutende Rente abwerfen.

Der falsche Herr Benz.

Ein neuartiger Gaunertick mit Goldplomben.

Die Schwindler finden immer neue Schliche. Mit einem ganz ungewöhnlichen Trick „arbeitete“ einer, der einen hiesigen Zahnarzt heimsuchte und damit auch Erfolg hatte.

Bei diesem erschien in der Sprechstunde ein junger Mann mit der Bitte, ihm die Goldplomben aus den alten Zähnen herauszunehmen. Der Zahnarzt wunderte sich über das seltsame Verlangen und der junge Mann bekannte, daß er in Geldverlegenheit sei und die Plomben verkaufen wolle. Er sei, so erzählt er, Karl Benz, ein Sohn des bekannten Großindustriellen und Automobilfabrikanten dieses Namens. Sein Vater habe ihn mit einigen Wagen nach Berlin geschickt, um sie hier an Kunden abzuliefern. Jetzt habe er das Mißgeschick gehabt, seine Brieftasche mit der ganzen Barschaft zu verlieren. Um nicht andere Leute in Anspruch nehmen zu müssen, bis neues Geld aus Neutlingen eingetroffen sein werde, wolle er sich eben die Plomben aus den Zähnen herausnehmen lassen, um sie in Geld umzusetzen. Er ließ sich trotz der Einwendungen des Zahnarztes nicht von seinem Plan abbringen, so daß der Arzt ihm schließlich willfahren mußte. Als denn der „Herr Benz“ auch noch persönlich nach Neutlingen telephonierte, war der Zahnarzt sehr sicher, daß er dem in Not Geratenen sogar seine Wohnung zum Uebernachten anbot, was natürlich angenommen wurde. Um eine kleine Reise, die er gerade antreten wollte, nicht aufzuschieben zu müssen, ließ er den Gast mit seiner Tochter und dem Dienstmädchen, das erst kurz vorher neu eingetreten war, allein in der Wohnung. Am selben Tage aber hatte die neue „Perle“ ihren Ausgang. Die Tochter des Hauses wunderte sich, daß sie abends über die Zeit ausblieb, und sich auch in den folgenden Tagen nicht mehr sehen ließ. Aber auch „Karl Benz“ war und blieb dann verschwunden. Die Aufklärung war schmerzhaft. „Benz“ hatte in der Nacht, ohne daß die Hauswächter etwas merkte, für 10 Millionen Mark Wert- und Schmucksachen zusammengepackt und damit das Weite gesucht. Die neue „Perle“ war und blieb ebenfalls verschwunden. Ohne Zweifel hatte sie der falsche Benz in die Stellung hineingebracht, um den Diebstahl nach Vereinbarung mit ihr vorzubereiten.

„Stullenklopfer“ Glück und Gede.“

Die Pensionate im Berliner Westen wurden in den letzten Monaten durch Diebe schwer heimgesucht. Zwei junge Männer landstrolachten aus, wann ein Gast nicht zu Hause war. In dem Pensionat erschien dann einer von ihnen in eleganter Kleidung und gab an, daß er von einem Gaste nach der Pension bestellt worden sei. Der Gast war natürlich gerade ausgegangen. Man ließ den jungen Mann ahnungslos ein. Mit unheimlicher Schnelligkeit benutzte er dann das Alzeisen, um alle erreichbaren Sachen zu stehlen. In der Hauptsache sehr wertvolle Kleidungsstücke. So kam mancher Pensionat auf seine ganze Bekleidung mit Ausnahme der Stühle, die er gerade auf dem

Beibe trug. Jetzt hatte einer der Diebe das Mißgeschick, daß kurz vor seinem Erscheinen in einer Pension dort von der Kriminalpolizei eine genaue Beschreibung des Spezialisten und der Art seines Auftretens eingegangen war. Zu seinem Bedauern hatte er diesmal gerade auch noch seinen „Kollegen“ mitgebracht. Hier wurden beide festgenommen und nach dem Alexanderplatz gebracht. Hier wurden sie festgestellt als ein 26 Jahre alter Kurt Zeherer und ein 21 Jahre alter Kurt Stark. Jeder hatte seiner Braut aus der Diebesbeute kostbare Geschenke gemacht. Stark betätigte sich in seiner „dienstreifen“ Zeit als „Stullenklopfer“. Er ging auf die „Betteltour“ und erhielt infolge seines wohlwolligen Auftretens eine Menge Butterbrote mit und ohne Belag. Diese ordnete er nach Auffrich und Belag in verschiedene Gruppen und verhöferte sie zu entsprechenden Preisen in Herbergen um. Den Verhafteten konnte eine große Zahl von Pensionatsdiebstählen nachgewiesen werden. Ein erheblicher Teil ihrer Beute wurde wiedergefunden und den Bestohlenen zurückgegeben.

Die Not der Kurzarbeiter.

Skandalöse Zustände bei der Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichstag hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 14. Februar ein Initiativgesetz zur Verringerung des § 9 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 angenommen. Dieses Gesetz ist am 19. Februar d. J. in Kraft getreten. Diese Gesetzesbestimmung lautet nunmehr:

„Erreichen in einer Kalenderwoche oder in einer Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnkürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern die 50 Prozent des Wochenarbeitsverdienstes (Doppelwochenarbeitsverdienstes) das Ueberschlagende des Unterstufungsbetrages der Woche (Doppelwoche) bei gänzlicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit; § 6 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist.“

Durch diese Bestimmung besteht die Möglichkeit, daß ein erheblicher größerer Teil der Kurzarbeiter in den Genuss dieser Unterstützung kommt. Leider scheint sich aber der Berliner Magistrat auf diese vermehrte Arbeit, die durch die täglich größer werdende Zahl von Kurzarbeitern noch erhöht wird, nicht eingerichtet zu haben, denn obwohl die Arbeitgeber auf Veranlassung der Betriebsräte sofort die notwendigen Schritte zur Erlangung der Unterstützung für ihre Kurzarbeiter getan haben, scheitert die eigentlich selbstverständliche schnelle Erledigung an dem zu geringen Beamtenapparat. Festgestellt ist, daß nur 1 Beamter zurzeit in dieser Abteilung beschäftigt ist, welcher die sich täglich häufende Zahl von Anträgen zu erledigen und noch allerlei Qualitäten zu erteilen hat. Uns sind Betriebe bekannt, welche bereits seit zirka 5 Wochen auf die Erledigung ihrer Anträge durch die Fürsorgestelle warten. Auf Wohnung erklärt der betreffende Beamte, die Stelle sei nicht in der Lage, diesen Berg Arbeit zu bewältigen, wenn sie keine Hilfe erhält. In einigen Betrieben sind nun die Kurzarbeiter inzwischen zu völligen Erwerbslosen geworden, ohne für die Zeit der Kurzarbeit eine Unterstützung zu erhalten, obwohl ihnen eine solche, teilweise bis 6000 M. pro Woche zustand. Also wird die an und für sich begründete Forderung durch die unangebrachte Sparpolitik des Berliner Magistrats einfach illusorisch gemacht. Wir machen die Öffentlichkeit auf diese Verhältnisse aufmerksam und hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um eine Verringerung zugunsten der Kurzarbeiter und ihrer Familien eintreten zu lassen.

Stadtverordneter Dr. Köllig gestorben.

Wie wir bei Redaktionsschluss erfahren, ist der Stadtverordnete Dr. Köllig, der auf der Stadtliste der früheren USPD, gewählt war, verstorben. Dr. Köllig war bei dem Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien bei der Ledebour-Gruppe geblieben, die außer durch ihn noch durch J. Braun und Frau Lungwitz im Rathaus vertreten ist. Er ist im Stadtparlament seit gar nicht herangezogen und war durch Krankheit lange Zeit an der Teilnahme an den Sitzungen verhindert. Dr. Köllig wohnte in Jöhndorf. An seine Stelle rückt nach der Reihenfolge der Straßenbahnschaffner Baron.

Aus Anlaß seines 50. Geburtstages sind Oberbürgermeister Koch heute Glückwünsche und Blumen Spenden überreicht worden.

Wichtige Zeugen in der Raubmordsache Dittmer gesucht. Zu dem Raubmord in der Rogstraße wird mitgeteilt: Zur Aufklärung des Verbrechens, dem die Verkäuferin Anni Dittmer in der Färbereifabrik von Herz in der Rogstraße 57 zum Opfer fiel, werden wichtige Zeugen gesucht. Fräulein Dittmer pflegte jeden Abend bei Geschäftsabschluss das Schaufenster des Ladens auszuräumen um sie nicht Einbrechern zugänglich zu machen. Es ist nun beobachtet worden, daß sie am Abend vor dem Mordtage, also am Freitagabend voriger Woche, dieses Aufräumen mit einem Manne zusammen befragt hat. Zeugen, die weiter diesen Vorgang beobachtet haben und sich des Mannes wohl noch erinnern, werden dringend gebeten, sich umgehend bei Kriminalkommissar Bernburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden.

Bei einem Zimmerbrand erstickt sind in der Emdener Straße 48 in Moabit in der letzten Nacht zwei Personen, vermutlich durch Einatmen von Kohlenoxydgas. Als der 15. Richtigzug an der Brandstelle ankam, brannten dort in einem Zimmer Pfekohlen mit einem dem Fußboden. Das Zimmer war total verqualmt. Alle Bemühungen der Samariter, die beiden schon bewußtlosen Personen zu retten, waren leider vergeblich. Ein herbeigekommener Arzt konnte nur den Tod feststellen. Die Leichen wurden besichtigt.

Kindererholungsheim auf Helgoland. Am 18. April eröffnet die gemeinnützige Wohlfahrtsvereinschaft „Deutsche Völkererholungsheime in Berlin“ in der prächtig berggerichteten Kaiserne von Helgoland ihr Kindererholungsheim für zunächst 300 Kinder in der. Die Kinder reisen nächsten Montag dorthin. Am 23. April soll ein zweiter Transport folgen. Die Kur dauert bis zum 25. Mai. Soweit Raum vorhanden ist, werden auch Kinder aus anderen Gegenden gegen mäßige Pension angenommen. Anfragen an die genannte Genossenschaft, Berlin C 2, Poststr. 10/11, werden gern beantwortet.

Der Prozeß Häußer verlagert. Der Prozeß gegen den „Propheten“ Häußer, der vor dem Schöffengericht in Hannover beginnen sollte, ist auf unbestimmte Zeit verlagert worden, weil der Anklagende in Beden die Angeklagten wegen seines Krankheitszustandes für nicht transportfähig erklärte. Häußer hat sich, sobald die Behörde energig zugriff, auffallend schnell aus einem körper- und geistestiefen, der er doch sein wollte, in ein erbaumungswürdiges Häuschen umgewandelt. Hoffentlich behalten ihn die Behörden trotzdem dauernd im Auge.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und teilweise heiter, jedoch überwiegend bedeckt bei mäßigen südlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

107. Mt., Albershof. Unter alter Genosse Karl Köllig fand im Alter von 67 Jahren. Die Einäscherung findet Donnerstag nachmittag um 1/2 Uhr im Krematorium Baumwäldchenweg statt.
117. 11. Mt., Lichtenberg. Heute abend findet in der Rudenmittelschule, Marktstraße 10/11, eine Jugendfeier statt. Die Jugendlichen müssen erscheinen. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Preisabbau.

Man schreibt uns: Die Eisenbahnverwaltung gibt durch ihr neuestes Amtsblatt bekannt, daß die Pflichtbeiträge der Kleiderlassenmitglieder vom 1. April ab von monatlich 700 M. auf 12000 M. erhöht werden! Also jeder Beamte der Besoldungsgruppe 1-6 und jeder Hilfsbeamte muß sich vom 1. April ab von seinem Monatslohn einen Abzug von 12000 M. (bisher 700 M.) gefallen lassen.

Wir sind davon überzeugt, daß die Begründung für diese Maßnahme der Eisenbahnverwaltung mit den wesentlich erhöhten Preisen für die Stoffe der Dienstbekleidungsstücke durchaus zureichend ist. Ob nicht schon früher eine Erhöhung der Kleiderlassenbeiträge durch allmähliche Erhöhung eine so schroffe Steigerung von 700 auf 12000 M. vermieden werden konnte, ist eine Frage für sich. Doch wie kann die Regierung behaupten, daß ein allgemeiner Preisstillstand eingetreten sei und deshalb auch ein Lohn- und Gehaltsstillstand erfolgen müsse, wenn in den Staatsbetrieben selber derartige Erhöhungen sich bemerkbar machen?

Was für die Dienstkleidung der Eisenbahner gilt, gilt natürlich für alle Arbeiter. Angestellte und Beamte, die zur Ergänzung oder Erneuerung ihrer Kleidung gezwungen sind; auch für ihre Frauen und Kinder.

Den Textilindustriellen scheinen die Preise für Wäsche und Kleidung noch immer zu niedrig zu sein. Weil bei den gegenwärtigen Preisen die große Masse der Bevölkerung ihren dringlichen Bedarf an Wäsche und Kleidung wegen der hohen Preise nicht decken kann und im Hinblick auf den bevorstehenden Preisabbau sich einrichtet, hat die Textilindustrie schlichten Geschäftsgang. Sie verlangt nun, daß alle Schleusen zur Ausfuhr nach dem Ausland geöffnet werden, die Außenhandelskontrolle beiseite wird, um nach dem Ausland womöglich unter dem Inlandspreis zu exportieren, auf Kosten niedriger, auf „Preisabbau“ eingestellter Arbeiterlöhne zu exportieren, um die Gewinne im Ausland zu lassen.

Demgegenüber muß sowohl im Interesse unserer Wirtschaft wie zur Dämpfung der Verelendung der Arbeitnehmerschaft von der Regierung nachdrücklich gefordert werden, daß sie alles unterläßt, was den Preisabbau aufhalten und verhindern kann, vielmehr alles daransetzt, den Preisabbau zu fördern. Solange jedoch die Preise nicht auf ein erträgliches Maß gebracht sind, solange die Löhne und Gehälter nicht ausreichen, die notwendige Haus- und Leibwäsche zu beschaffen, solange kann von Lohnstabilisierung im Ernst die Rede nicht sein. Solange sollte aber auch von einer Ausfuhr von Textilwaren keine Rede sein! Die Textilindustrie würde auf lange Zeit dauernd vollaus beschäftigt sein mit der Verfertigung des Inlandsmarktes, wenn die Kluft zwischen den Preisen ihrer Erzeugnisse und den Lohnneinommen nicht so groß wäre. Bis jetzt ist der Lohnstillstand weit mehr in die Erscheinung getreten, als der Preisstillstand, wobei jedoch nicht übersehen werden darf — wie das eingangs erwähnte Beispiel deutlich zeigt —, daß die Löhne weit hinter den letzten geradezu wahnwitzigen Preissteigerungen, in Verbindung mit dem Hochsteigen des Dollars, zurückgeblieben sind. — Herunter mit den übermäßig hohen Preisen!

Lohnverhandlungen der Buchbinder.

Eine Versammlung von Vertrauensmännern der Kartonsbranche des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter am Dienstagabend im Gewerkschaftshaus, nahm Stellung zu dem Schiedsspruch, der bei den Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium gefällt worden ist. Wie von Priemer berichtet wurde, weigerten sich die Arbeitgeber bei den direkten Verhandlungen beharrlich, eine Lohnverhöhung zu gewähren, da eine wesentliche Verteuerung der Lebensbedürfnisse seit der letzten Aufbesserung nicht eingetreten sei und auch die Geschäftslage keine Erhöhung gestatte. Der von den Vertretern der Arbeiterschaft erbrachte Beweis, daß selbst aus den Reichsindexziffern eine Verteuerung ersichtlich sei, wurde nicht beachtet. Der im Reichsarbeitsministerium gefällte Spruch besagt, daß der Lohn, so wie er bestehe, genüge. Mit 1200 bis 1400 M. Markt bewege er sich im normalen Rahmen. Im Anschluß hieran berichtete der Redner auch über die Mantelstarif-Verhandlungen. Die Unternehmer möchten die wöchentliche Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden verlängern und eine Beschränkung der Ferienzeit herbeiführen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, daß der Tarifausschuß hinsichtlich der Arbeitszeit nur dann Zugeständnisse machen soll, wenn die Arbeitgeber in eine zeitgemäße Verbesserung der sozialen Lage einwilligen. Insbesondere wird eine Bezahlung der Feiertage und Erweiterung der Ferienzeit verlangt.

Achtung Bauarbeiter!

Der Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes vom 4. April hat die Zustimmung der baugewerblichen Arbeitnehmerverbände erhalten. Dagegen haben die Hoch-, Beton- und Tiefbau-Unternehmer demselben ihre Zustimmung verweigert. Der Vorstand des Baugewerksbundes hat im Einverständnis mit den Vertretern der Maschinen- und Feiler- und des Verbandes Christlicher Bauarbeiter haben zunächst den Demobilisierungskommisär angerufen. Die Verhandlungen gehen am Sonnabend vor sich.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin.

Deutscher Werkmeisterverband.

Die Arbeiter in den Berliner Goldmetall- und Silberarbeiten befinden sich seit einiger Zeit im Streik. Die Lage macht es erforderlich, daß sich die Angestellten dieser Betriebe mit der gegenwärtigen Situation beschäftigen. Der Deutsche Werkmeisterverband ladet zur Besprechung dieser Angelegenheit alle in den Goldmetall-, Silberarbeiten beschäftigten Werkmeister zu Freitag nach seinem Bureau Stralauer Str. 56 ein. (Siehe Morgenausgabe des „Vorwärts“.)

Ein Industriefahrgesetz gegen die Arbeiter.

Im Oktober 1922 wurde in Dänemark eine Importregulierung zur Beschützung der Tabak- und Schuhindustrie gegen die Konkurrenz der valutaschwachen Länder durchgeführt. Die Dauer dieser Importregulierung, die insoweit ihren Zweck erfüllte, als sie vielen Arbeitern dieser beiden Industrien Beschäftigung verschaffte, wurde auf ein halbes Jahr festgesetzt.

Da die regierende Bauernpartei sich gegen die Erneuerung der Importregulierung wandte, andererseits auf die parlamentarische Unterstützung der angeblich industriefreundlichen konservativen Partei, die mit Rücksicht auf ihre Wähler nicht ohne weiteres auf einen gewissen, wenn auch äußerlichen Schutz der am meisten bedrängten Industrien verzichten konnte, angewiesen ist, wurde zwischen der beiden Parteien ein Abkommen getroffen, das in der Form eines Gesetzes dem Reichstago vorgelegt und von diesem angenommen wurde.

Der Entwurf sieht für die beiden Industrien eine große Erhöhung der Zölle vor. Der Zoll auf Schuhwaren wird vom 1. April an von 60 Dore auf 4 Kr. pro Kilo erhöht. Jedoch sollen für die Schuhindustrie diese Schutzbestimmungen nur drei Monate gelten; eine Verlängerung über diese Zeit hinaus wird davon abhängig gemacht, daß entweder die Arbeitszeit dieselbe Länge hat wie im Jahre 1914 oder daß die Stundenlöhne, die jetzt über dem Preisindex stehen, auf das Niveau des Preisindex zurückgebracht werden. Da den Fabrikanten fast keine Einschränkungen auferlegt und sie zu keinerlei Abgabe ihrer Gewinne verpflichtet werden, kann dieses Gesetz eigentlich als ein Ausnahmegesetz gegen die in den Schuhfabriken beschäftigten Arbeiter bezeichnet werden. Es besteht denn auch gar keine Aussicht, daß die Arbeiter auf eine Verlängerung der Arbeitszeit oder auf Herabsetzung der Löhne eingehen werden, so daß das Gesetz ohne praktischen Wert bleiben wird.

Die Arbeiterbewegung in Ägypten.

Im wirtschaftlichen Leben Ägyptens spielt die Landwirtschaft die größte Rolle. 18 Millionen Menschen oder neun Zehntel der Bevölkerung sind auf diesem Gebiete beschäftigt. Da handelt es sich dabei um Kleinbetriebe ausgebeuteter Pächter. Die Zunahme des landwirtschaftlichen Proletariats kann daraus ersehen werden, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter von 823 000 im Jahre 1907 auf 2 582 000 im Jahre 1917 stieg. Das Land ist dicht bevölkert, d. h. es entfallen auf die Quadratmeile der bewohnten Gebiete oft mehr als 200 Einwohner. Die Arbeitermassen, d. h. die ägyptischen „Fellachen“, leiden unter schlechten Lebens- und Wohnverhältnissen, desgleichen sind die Arbeiter noch geistig sehr zurück. Nur 8 Proz. der Bevölkerung können lesen und schreiben.

Der industrielle Kapitalismus ist verhältnismäßig noch nicht sehr entwickelt. Obwohl während des Krieges, als auf dem Gebiet der Kriegsmaterialfabrikation große Vermögen gemacht wurden, entschiedene Tendenzen dazu vorhanden waren. Nach dem Ende des Krieges verdienen die Landbesitzer, Kaufleute und Spekulanten weiterhin riesigen Summen auf Grund der hausse im Baumwollhandel. Die Baumwollpreise stiegen von 100 im Jahre 1914 auf 1020 im Jahre 1920. Die Lebensunterhaltskosten waren sehr hoch. Die Indexziffer erreichte im Jahre 1921 die Höhe von 213. Vor dem Kriege strebten die gebildeten Ägypter nach Regierungsstellen oder wählten freie Berufe. Nun gibt es eine ägyptische Kapitalistenklasse, die ihre Interessen geltend macht.

Vor dem Kriege gab es logischerweise keine Streiks. Seit dem Kussand im März 1919 (nach der Deportierung Saad Zaghal Paschas) waren industrielle Konflikte in ganz Ägypten fast in allen Branchen an der Tagesordnung. In einigen Fällen schienen die Streiks politischen Charakter zu haben, doch die wirtschaftliche Lage der Massen war der ausschlaggebende Faktor.

Während der Arbeitslosigkeit im Jahre 1919 entstanden Organisationen um Organisation. Während es früher, abgesehen von einigen wirtschaftsrechtlichen Vereinigungen wie die Liga der Typographen, keine gewerkschaftlichen Organisationen gab, zählte man Ende 1921 bereits 21 in Kairo und 17 in Alexandrien. Bei einer der letzteren handelt es sich um eine, 24 verschiedene Gewerkschaften umfassende Föderation der Workers' Union. Nicht nur die Industriellen, sondern auch die Staats- und Bankangestellten begannen sich zu organisieren. Die Bankangestellten, sowohl diejenigen der griechischen als auch der Banken anderer Länder, wurden von einer im Juni 1919 gegründeten, 1600 Mitglieder umfassenden internationalen Union organisiert.

Im Februar 1921 wurde in Alexandrien ein 21 Organisationen umfassender Gewerkschaftsbund gegründet. Von den neun Mitgliedern des Exekutivkomitees gehörten im Juni 1921 drei der neu gegründeten kommunistischen Partei an. Im gleichen Jahre wurden in Ägypten auch die ersten Maidemonstrationen abgehalten. Die Zahl der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Mitglieder stieg sich im Jahre 1922 auf 60000.

Die Gewerkschaften sind nicht geistlich anerkannt und fast in allen Fällen erfolgte auch keine Anerkennung seitens der Arbeitgeber. Uebrigens umfassen die Organisationen nur Arbeiter der Städte und wie im Falle der Arbeiter Indiens, die sich zu

einem großen Teil aus Analphabeten zusammensetzen, ist die Führerschaft meistens in den Händen intellektueller. Die landwirtschaftlichen Arbeiter des Niltales, die bei den Unruhen vom März 1919, die den Charakter eines Massenauflandes annahmen, die treibende Kraft waren, sind unorganisiert.

Die Verwaltung der Saarberggruben befand, daß sie aus dem neun Wochen dauernden Bergarbeiterstreik, in dem die Saarbergleute eine geradezu musterhafte Haltung erkennen ließen, immer noch nichts gelernt hat; sie mühte denn amüßig verfrücht sein, es nicht merken zu lassen. Diese Grubenleitung, die durch das nötige Entgegenkommen schon längst die Wiederaufnahme der Arbeit erreichen konnte, macht bekannt, daß sie die Wiederaufnahme der Arbeit nur gestatten könne (1), wenn sie bedingungslos erfolge und außerdem 1000 von ihr zu bezeichnende Agitatoren entlassen würden.

Entweder haben die Spiegel der Grubenverwaltung erzählt, was diese gern hören will: die Arbeiter seien kampfbereit und der Hunger zwinge sie zur Unterwerfung, und sie müßten daraufhin eine lächerliche Kundgebung, oder aber sie hat mit dieser Aufforderung ihre absolute Unfähigkeit in sozialer Beziehung erwiesen, wofür sie zum Teufel gelacht werden müßte. Der bedauerliche Ausgang des lothringischen Bergarbeiterstreiks, mit dessen Abbruch 3000 Bergarbeiter „sanktionslos“ entlassen wurden, hat die Saargrubenverwaltung zu ihrem Schreckschuß offenbar ermutigt, der in den Kreisen der Streikenden lediglich einen Haltetseilerseffekt erzielt. In einer Situation, in der der Kohlenmangel zur schwersten wirtschaftlichen Krise geführt hat, mit solchen Kniffen zu operieren, kann nur als lächerlich bezeichnet werden. Wüßte die Grubenverwaltung unserer Sache im Ruhrrevier recht gute Dienste. Die Eisenbahnverwaltung soll täglich 200 000 Frank einbüßen.

Die Saarbergleute hatten im Kampfe aus, bis die Grubenverwaltung sich endlich dazu herabließ, mit ihren Organisationen zu verhandeln, in der Absicht, den Forderungen der Bergarbeiter gerecht zu werden.

Im Streik in der chemischen Industrie in Böhmen ist insofern eine Besserung eingetreten, als sowohl bei der chemischen Fabrik in Kuffitz als auch bei Schicht die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Dagegen wird in den Solowenwerken noch gestreikt und die Fabrik Schicht haben mitgeteilt, daß, wenn der Solowenstreik nicht sofort beendet würde, sie nicht mehr arbeiten lassen würden.

Wirtschaft

Die Teuerung in Frankreich. Der steigenden Teuerung in Frankreich unter dem Ministerium Poincaré widmet „Deuxième“ einen besonderen Leitartikel. Darin heißt es u. a.: Wenn man den Durchschnitt der Preise zieht für die 45 zum Leben wichtigsten Produkte, stellt man fest, daß das, was in Frankreich 1914 100 Frank kostete, im Januar 1920 500 Frank und im Monat April desselben Jahres 600 Frank kostete. Von diesem Zeitpunkt an hatte der Preis für die Lebenshaltung zu sinken begonnen: Der Index war allmählich gefallen auf 450 Ende 1920, auf 330 Ende 1921 und bis auf 313 Anfang 1922. Von Februar 1922 an ist der Preis für die Lebenshaltung unaufhörlich, langsam und sicher von Monat zu Monat gestiegen: Von 313 im Februar ist der Index nach und nach auf 370 am Ende Dezember 1922 gekommen. Ende Februar 1923 war er auf 430. Seit dem Ministerium Poincaré am Ruder ist, hat sich der Preis der Lebenshaltung um mehr als 30 Proz. gesteigert; mehr als die Hälfte dieser Steigerung hat sich vollzogen, seitdem wir die Ruhr besetzt halten. Es scheint, leider, daß es nicht zu Ende ist. Auf dem internationalen Markt hat der Zucker seinen Preis verdoppelt. Reis und Kaffee sind um 30 Proz. gestiegen, Kaffee um 60 Proz., Leder um 70 Proz., Wolle und Baumwolle um 80 Proz.

Verstaatlichung der eisenbahnen. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten unterzeichnete ein Dekret, durch das mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1923 ab die eisenbahngesellschaftlichen Bahnen der französischen Eisenbahngesellschaft unterstellt werden. Für ihre Verwaltung wurde ein besonderer französischer Oberster Eisenbahnrat gebildet.

Rußland und der internationale Eisenbahnverkehr. Die vor einigen Tagen gegründete internationale Eisenbahnunion, deren Aufgabe darin besteht, den Betrieb der europäischen Eisenbahnen zu vereinheitlichen und zu verbessern, hat einstimmig beschlossen, ein Gesuch der russischen Sowjetregierung anzunehmen, wonach Rußland wünscht, der genannten Union als Mitglied beizutreten.

Außenhandelsoperationen der russischen Genossenschaften. Die Allrussische Genossenschaftsbank hat mit dem Zentralfiskus, dem Zentralverband der russischen Genossenschaften, einen Vertrag über die Finanzierung der Eierausfuhr abgeschlossen. Die Bank will sich auch an der Ausfuhr anderer Lebensmittel beteiligen. Der russische Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften „Sjeltossojus“ verhandelt mit einigen ausländischen Firmen über den Ankauf von Landmaschinen und -geräten. Beträge über die Einrichtung von Konfigurationslagern sind bereits mit der „Russisch-Europäischen Gesellschaft“ (Deutschland) für verschiedene Artikel (sowie mit einer schwedischen Firma „Bomp“ und einer amerikanischen „Mollin“ für Zentrifugen und landwirtschaftliche Geräte abgeschlossen worden.

Verantwortlich für den Inhalt: Reichs-Schiff, Berlin; Die Anzeigen: H. Giese, Berlin; Berlin-Kommunikations-Büro, H. G. Berlin; Druck: Verlags- und Buchdruckerei, Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Achtung!!!

Bevor Sie Bekleidungsstücke kaufen, prüfen Sie bitte unsere Preise und Qualitäten

Wir liefern aus Meeres- und anderen Beständen:

Unterhosen	2100 M.
Militärbreeches, kurz, jeweils	7500 M.
Militärjoppen	10000 M.
Männerstrickjacken	5750 M.
Starke Arbeitshosen	16500 M.
Militärmäntel	20000 M.
Stoffbreeches	13500 M.
Schlafdecken	7500 M.
Fertige Handtücher	900 M.

Ferner:

Anzüge, Schuhwaren, Damen- und Herrenwäsche, Damenröcke, Damenmäntel, Stoffe aller Art zu billigsten Preisen in anerkannt guten und haltbaren Qualitäten!

Wir gewähren Zahlungsfrist ohne Preisauflage.

Die Verkaufsstellen der Deutschen Fürsorge

Verkaufsstelle

10: Lange Str. 79, am Schlos. Bahnhof
11: Köpenicker Str. 136, a. d. Köp. Brücke
12: Wilhelmer Str. 11, am Gölitzstr. Bahnhof
13: Prinzessallee 81, an der Badstraße

Reste-Haus C. Pelz

Kottbuser Str. 5

Anzugstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Kleiderstoffe
Seidenstoffe

Mäntel, Kostüme
Hüte

2% Rabatt!

Marken- und andere
Zigaretten

bei Ad. Nagel
Sternstr. 5

Restehändig,
Haarpuder

Goltzstr. 2

alleinverkauft
Körner- u. Bismarckstoffe,
Seiden, Samt,
sämtliche Futterartikel
bedeutend unter Preis

A. BEBEL

Aus meinem Leben

Neuausgabe aus Anlaß des 10. jährigen Todestages von A. Bebel. In einem Bande, auf feinem Dünn-Druckpapier gedruckt, Ganzleinen geb., mit goldenem Namenszug als Titel

Grundzahl 16. —
X Schillinge je Bd.

Buchhandlung
Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 2

Einkauf von Brillanten

Berlin, Smaragde, Platin, Gold, Silber, Schmuck, sowie Uhren, Ketten u. Ringe, Schapiro, Rene Klinker, 19a, im Saben.

Gold Silber Platin Brillanten

Bruch

kauft reell zu höchsten Tageskursen

C. Käferle

Uhrmacher - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Zinn Quecksilber

Gold-, Silber-Bruch
Stiel, Kupfer, Platin usw.

kaufte u. Engrospreise
Scharrow, Langstr. 35
an Schindlers Platz

Weißer Keller

15000 Mark

modernisiert
erb. St. bei 11. Rang
einzelne

Möbel

jeber Met
premieret und gut

Barthel

Baumhauer Str. 24
nah Tief. Str. 10

Hühneraugen

beseitigt sicher das Radikalmittel

Lebewohl

Hornhaut an 4 Fußsohle verschwindet durch Lebewohl-Ballen-Scheiben.

in Dro. u. Apoth. Man verl. ausdrückl. „Lebewohl“

Verlobung Trauringe

Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an. Fast alle Preisarten am Lager, Namen u. Etw. umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen von Trauringen bei Goldgabe in 24 Stunden

Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!

Trauringefabrik Albert Thal & Co.,

C. 19, Seydelstraße 3 (Spittelmarkt)

Damen- und Herren-Stoffe

aller Art u. großer Auswahl. Gabardine, Kammgarne, Covercoats, Tuche, moderne Streifen, Volle, Musseline usw.

Alcedor u. Jutter-Seiden

(schwarz und farbig)

Paul Karle

O. 34, Warschauer Straße 79.

Schokoladen

in großer Auswahl von 80 M. pro Talle an, sowie alle anderen Artikel der Branche gibt ab

Spletter & Co.

Urbanstr. 65
Mpl. 7160.

Lagernd: Schokolade, Tafel, Zucker, Veredelung.

Platin-, Gold- und Silberbruch

Zahngelasse, Uhren, Ketten, Ringe

sowie
sämtl. Almetalle kauft zu
Engrospreisen

M. ZEISKE

Berlin O., Schreinerstr. 32
(Laden)

1 Minute vom Hbf. Frankf. Allee
Fahrgeleitvergütung
Größtes Abnahmehel für Händler

Die schönsten
Strickjacken

aller Art, Stricklender, Jumper usw

Bleny's Kinderfleidung

(hier nur im Hauptgeschäft Bin. Pantalon)
hat stets in großer Auswahl u. jed. Preislage

Bruno Richter

fabrikneubereitete
Hüte, Bekleidungs-
waren

Rupenhagen Str. 67, a. d. Köp. Brücke
Bin.-Pantalon, Rembellstr. 36, 1. St. 3723

Hosen! Hosen!

Arbeits-hosen, Feldgrau Hosen, Breeches, schwarze u. gestreifte Hosen, Tarn- und Fußballhosen kauft man gut u. vorteilhaft in großer Auswahl in der

München-Gladbacher Hosen-Zentrale

NW. 67, Bausellstr. 39
Blauer Laden
Nachsuchen für beliebige Herren.
Fahrgeleitvergütung!